

Ulrich Busch/Michael Thomas (Hrsg.): *Ein Vierteljahrhundert deutsche Einheit – Facetten einer unvollendeten Integration*. Abhandlungen der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften, Bd. 42. trafo Wissenschaftsverlag Berlin, 2015

Am 3. Oktober 1990 fand die deutsche Nachkriegsgeschichte ihren Abschluss. Die Teilung Deutschlands wurde friedlich und demokratisch beendet, die staatliche und politische Einheit der Nation wieder hergestellt.

Inzwischen sind die BürgerInnen in Ost und West in ihrer Mehrheit im vereinigten Deutschland „angekommen“. Im Osten eher als im Westen. Die Jüngeren vorbehaltlos- und komplikationsloser als die Älteren. So fassen die Herausgeber des Sammel-Bandes „*Ein Vierteljahrhundert Deutsche Einheit. Facetten einer unvollendeten Integration*“ die Umfrageergebnisse zu den Jubiläen 1989 und 1990 zusammen. Doch neben den hohen Zufriedenheitswerten artikulieren sich bzgl. künftiger Entwicklungen auch Befürchtungen, und es zeigen sich politisch und sozial destruktive Tendenzen. Insofern wird hier vor allem das „Unvollendete“ im Einigungsprozess thematisiert und geprüft: Was lässt sich aus bisherigen Entwicklungen lernen? Welche Zukunftsoptionen sind denk- und lebbar?

Nach wie vor steht vor allem Ostdeutschland – aufgrund des Einigungsmodus – unter Transformationsdruck. Andererseits bieten sich jedoch auch Chancen für eigenständige Entwicklungen. Dabei kann man durchaus an bestimmte Leistungen aus der Vergangenheit anknüpfen, regional-spezifische Bedingungen und Besonderheiten, die sich im Einigungsprozess herausgebildet haben, nutzen und u.U. eine Vorreiterrolle für gesamtdeutsche Entwicklungen übernehmen. (Ulrich Busch)

Doch vorerst fließen noch immer erhebliche Transferleistungen in den Osten, um Folgeerscheinungen des stagnierenden wirtschaftlichen Aufholprozesses sowie technischer, ökonomischer und sozialer Asymmetrien zu mildern. Fehlende Großbetriebe und Unternehmenssitze, eine kaum entwickelte räumliche und sektorale Arbeitsteilung, marginale Exportraten und ein permanenter Mangel an gut verdienendem Personal kennzeichnen viele ostdeutsche Regionen. Hier existieren reine Produktionsstätten – ohne Verwaltungs-, Forschungs- und Entwicklungsbereiche. Mit *Branch plant economy* lassen sich diese Symptome auf den Punkt bringen und die ostdeutsche Wirtschaft als „Ökonomie zweiter Klasse“ beschreiben. (Jörg Rößler)

Aus diesem Zustand und der sozialen Benachteiligung der Ostdeutschen resultiert auch die Einkommensungleichheit in Ost und West, die sich in den neuen Ländern nicht aus ökonomischen Faktoren, Bildung und Beruf erklären lässt. (Rainer Ferchland)

Zudem offenbart sich – seit 1990 fast unverändert – ein starkes Ost-West-Gefälle bei der privaten Vermögensausstattung, was eine zunehmende Polarisierung der Gesellschaft in Arme und Reiche bewirkte, im Osten ein besonders hohes Armutsrisiko darstellt, aber aufgrund tradierter Vermögenskonzentration im Westen wohl auch in Zukunft fortbestehen wird (Ulrich Busch). Die damit korrespondierende Marginalisierung der Ostdeutschen, um

Machtpositionen im Westen zu konservieren, hat jedoch nicht zu unterschätzende Konsequenzen, da sich Repräsentationsdefizite negativ auf das Funktionieren des politischen Systems auswirken. Deshalb sollten endlich ostdeutsche Ideen und Interessen zur innovativen Gestaltung der Gesellschaft genutzt werden. (Raj Kollmorgen)

Doch es gibt auch hoffnungsvolle Befunde. Der Modernisierungsvorsprung, den die ostdeutschen Frauen in die deutsche Einheit einbrachten, ist zwar aufgrund mangelnder Kinderbetreuung, eingeschränkter Erwerbsarbeitsmöglichkeiten, des geänderten Abtreibungsrechts geschmolzen. Aber sie halten in übergroßer Mehrheit an der Vereinbarkeit von Mutterschaft und Berufstätigkeit fest und haben damit einen historisch neuen Familientyp aus der DDR ins vereinigte Deutschland übernommen – wo einerseits Werte wie Kinder, harmonische Familienbeziehungen, verlässlicher Freundeskreis hohe Priorität besitzen und dennoch weibliche Selbstverwirklichung möglich ist. Nicht selten mit aktiver Unterstützung ihrer männlichen Partner (Ursula Schröter)

Der international anerkannte Modernisierungsvorsprung des Bildungswesens der DDR wurde mit der Vereinigung – mittels politischer Diskreditierung – sofort eliminiert und führte zum ungeprüften „Überstülpen“ des föderalen alt-bundesdeutschen Schulsystems. Da dieses aufgrund der Technikentwicklung und gesellschaftlicher Anforderungen dringend der Neugestaltung bedarf, holt(e) man sich inzwischen Anregungen aus dem Schulsystem der DDR (z.B. einheitliche Lernziele, einheitliche Lesefibel). Auch die Idee der ganztägigen Bildung und frühkindlichen Erziehung wurde aufgegriffen und institutionell verankert, u.a. mit Bildungsauftrag für den Hort. (Dieter Kirchhöfer)

Alle Beiträge dieses Bandes verdeutlichen: Die Herstellung „gleichwertiger Lebensverhältnisse“ in Ost und West, als politisches Ziel der Vereinigung, erfordert auf beiden Seiten Bereitschaft zu Integration und Modernisierung, ist letztlich aber nur mittels unbequemer politischer Entscheidungen zu erreichen – unter Beachtung zukünftiger Herausforderungen, mit europäischer und globaler Dimension.

Elviera Thiedemann

In: Neues Deutschland, 13.10.2015, S. 15 (Beilage)